

18. November 1957

Neues über Globke 201.

Von Dr. Adolf Arndt, MdB.

In diesen grünen Novembertagen, da die Erinnerung an die Toten des Krieges und der Unmenschlichkeit in uns allen besonders stark ist, drängt sich auch das Erinnern an die Verfolgungen unserer jüdischen Mitbürger auf, die 1933 begonnen hatten und im November 1938 jetzt sogar parteiantlich und staatlich sanktioniert wurden. Es ist aber eine schmerzliche und für die ganze Menschheit beschämende Tatsache, dass viele Juden, deren Rettung hätte ermöglicht werden können, einer Ermordung durch die Schergen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft dadurch überantwortet wurden, weil westliche Kulturstaaten sich gegen einen Zustrom von Flüchtlingen abriegelten. In der Schweiz hatte sich in jenen Jahren Dr. Rothmund, Chef der Polizeiabteilung, zum Ziel gesetzt,

"die Verjudung der Schweiz zu verhindern",

wie er in einem antlichen Schriftstück dokumentiert. Insbesondere von Dr. Rothmund gingen Bestrebungen aus, in der Schweiz den Visumszwang wieder einzuführen, um die Einreise von flüchtenden Verfolgten kontrollieren oder nach Möglichkeit verhindern zu können. Diese schweizerischen Bestrebungen, den Visumszwang wiederherzustellen, hatten im Jahre 1938 Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz zur Folge, weil Deutschland sich damit nicht einverstanden erklären wollte. Schweizer wie Dr. Rothmund werden in die Geschichte mit dem traurigen Ruhm eingehen, das berüchtigte "J" erfunden zu haben, das für unzählige Juden zum Todesurteil von Mörderhand wurde.

Der Schweizer Bundesrat hat über das Asylrecht während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft einen Bericht erstattet. Diesen Bericht, der die Nummer 7347 trägt, ist eine Ausarbeitung von Professor Dr. Carl Ludwig unter dem Titel "Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart" als Beilage angefügt. Darin heisst es über Besprechungen des Chefs der Polizeiabteilung mit dem deutschen Gesandten in Bern am 16. und 17. September 1938:

"Aus einer Notiz von Dr. Rothmund, datiert vom 17. September 1938, ergibt sich, dass der deutsche Gesandte in Bern am 16. September nach seiner Rückkehr von Nürnberg eine erneute Besprechung der Passangelegenheit wünschte und dass er dann bei diesem Anlass betonte, Deutschland würde die Einführung des Visumszwangs ungern sehen,

18. November 1957

weil er befürchte, andere Länder könnten dem Beispiel der Schweiz folgen. ... Dr. Rothmund seinerseits eröffnete dem Gesandten, er habe dem Departement den begründeten Vorschlag auf Wiedereinführung des Visums gestellt, da er keine andere Möglichkeit sehe, eine lückenlose Kontrolle über die Einreise von Emigranten herbeizuführen."

In diesem Augenblick griff Globke ein. Darüber sagt der von Professor Dr. Carl Ludwig erstattete Bericht:

"Eine weitere Besprechung fand, wiederum auf Wunsch des deutschen Gesandten, am 17. September statt, in Anwesenheit von Ministerialrat Dr. Globke, der sich damals als Teilnehmer an einer internationalen Konferenz der Zivilstandsbeamten in Bern befand und den Koecher "(der damalige deutsche Gesandte in Bern)" als Fachmann bezeichnete. Dr. Globke stellte dort, wie es in Notizen Dr. Rothmunds heisst, den folgenden Vorschlag zur Diskussion: "Die Reziprozität für Schweizerjuden wird vollständig aufgegeben. In die in Deutschland auszustellenden Pässe von Nichtariern wird das von Herrn Geheimrat Roediger Herrn Dr. Kappeler vorgeschlagene Zeichen eingetragen. Innerhalb von 14 Tagen werden sämtliche bereits ausgegebene Pässe von Nichtariern im Reich mit dem gleichen Zeichen versehen. Alle Pässe von deutschen Ariern, die sich in Italien aufhalten, erhalten den Vermerk 'gültig auch für die Schweiz'. Wer diesen Vermerk nicht hat, ist Nichtarier."..."

Der Bericht ergibt schliesslich folgendes:

"Der deutsche Gesandte in Bern berichtete dem Deutschen Auswärtigen Amt über das Ergebnis der Besprechung vom 17. September telegraphisch folgendes:

"Dr. Rothmund erklärte, dass aus innerpolitischen Gründen Zulassung Sichtvermerkzwangs für jüdische Schweizer nicht möglich. Auf Hinweis, dass vielleicht Möglichkeit besteht, auf diese Reziprozität unsererseits zu verzichten, erwiderte R., dass auch dieser Verzicht schweizerischen Erfordernissen nicht genügend Rechnung trage. Denn trotz reichsdeutschen Judenpässen müsste zum mindesten mit Einreise deutscher Juden mit ausländischen Wohnsitz, insbesondere aus Italien, gerechnet werden. Hier zur Zeit anwesender Ministerialrat Globke vom Reichsinnenministerium machte in gemeinsamer Unterredung bei R. unverbindlichen Vorschlag, Pässe von im Ausland Wohnenden von unsern Auslandsbehörden mit Vermerk 'gültig für die Schweiz' zu versehen, den Juden nicht erhalten würden. R. hatte bereits Bericht über Notwendigkeit Einführung Sichtvermerkzwang für Deutsche zuständigem Bundesrat und Politischem Departement vorgelegt, da er reibungslose Abwicklung Grenzverkehrs nur bei Einführung Visumszwangs für möglich hält. Nach seiner Ansicht dadurch allein Aufrechterhaltung normaler gronznachbarlicher Beziehungen gesichert, zusagte jedoch erneut Prüfung. Bitte mit Ministerialrat Globke, der Montag früh in Berlin eintrifft, Fühlung nehmen, ebenso um Weisung, falls meine Anwesenheit in Berlin erforderlich, oder sonstige Instruktionen.

gez. Kocher' "

Daraus ist folgender Hergang ersichtlich. In der Schweiz kam

1957 NOV 22 10 11 AM

18. November 1957

es 1938 zu Bestrebungen, gegenüber Deutschland den Visumszwang einzuführen, um die Einwanderung von rassistisch Verfolgten zu erschweren oder möglichst zu verhindern. Deutschland erklärte sich mit einem Visumszwang nicht einverstanden. Auch wurde eine Forderung nach Gegenseitigkeit in der Weise erhoben, dass die schweizerischen Pässe von jüdischen Schweizern durch einen besonderen Sichtvermerk gekennzeichnet werden sollten, worauf sich wiederum die Schweiz aus innerpolitischen Gründen einliess. Man einigte sich auf den von schweizerischer Seite gekommenen Vorschlag, dass Deutschland die deutschen Reisepässe solcher deutscher Staatsbürger, die im Sinne der sogenannten "Nürnberger Gesetze" als Juden galten und rassistisch verfolgt wurden, allgemein durch ein besonderes Kennzeichen - eben das berüchtigte "J" - gebrandmarkt werden sollten. Globke war es, der bei dieser Vereinbarung mitwirkte und die Zusage gab, dass innerhalb von 14 Tagen eine solche Verfolgungsmassnahme durchgeführt werden sollte. Ausserdem machte Globke seinerseits den Vorschlag, dass die in Italien ansässigen deutschen Staatsbürger in ihre Reisepässe den Vermerk "gültig für die Schweiz" bekommen würden, um die in Italien ansässigen Deutschen, soweit es sich um rassistisch Verfolgte handelt, davon auszuschliessen und ihnen die Flucht aus Italien in die Schweiz zu erschweren oder unmöglich zu machen. Diese Beschränkung auf Italien erklärt sich daraus, dass eine solche Massnahme nur von Faschismus hingenommen wurde, zumal gerade in jenen Tagen Italien durch Farinacci begann, die rassistische Verfolgung nach Art der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nachzuahmen.

Die von Globke mitausgehandelte und in ihrer Durchführung mitzugesagte Brandmarkung der Reisepässe von rassistisch verfolgten Deutschen durch das berüchtigte "J" hat zahlreichen Verfolgten die rechtzeitige Flucht unmöglich gemacht und dadurch eine Voraussetzung für die spätere Ermordung, die damals schon als "Endlösung" öffentlich angedroht war, mitgeschaffen.

\* \* \*

- 8 -

BEST AVAILABLE COPY